




UG 2002 und HSG 1998 für die
Doktoratsstudienvertretung

Andreas Fritsch
doktorat.at-Seminar
6.-8. November 2009, Graz




Universitätsgesetz 2002
(UG)

Stand: 01.10.2009 (i.d.F. BGBl. I Nr. 81/2009)




Definitionen (§ 51 Abs 12-13)

- Doktoratsstudien sind die ordentlichen Studien, die der Weiterentwicklung der Befähigung zu **selbstständiger wissenschaftlicher Arbeit** sowie der Heranbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf der Grundlage von Diplom- und Masterstudien dienen. Sie sind nicht in Studienabschnitte gegliedert.
- Dissertationen sind die wissenschaftlichen Arbeiten, die anders als die Diplom- und Masterarbeiten dem Nachweis der Befähigung zur **selbstständigen Bewältigung wissenschaftlicher Fragestellungen** dienen.




Definitionen (§ 51 Abs 14, 26)

- Doktorgrade sind die akademischen Grade, die nach dem Abschluss der Doktoratsstudien verliehen werden. Sie lauten „Doktorin ...“ oder „Doktor...“, abgekürzt „**Dr. ...**“, mit einem im Curriculum festzulegenden Zusatz, oder „Doctor of Philosophy“, abgekürzt „**PhD**“.
- keine ECTS für Doktoratsstudien




Einrichtung von Studien (§ 54)

- Neu einzurichtende Studien dürfen grundsätzlich nur als Bachelor- und Masterstudien eingerichtet werden **(tritt mit 30.9.2012 außer Kraft)**
- Neu einzurichtende Studien dürfen grundsätzlich nur als Bachelor-, Master- oder **Doktoratsstudien** eingerichtet werden **(tritt mit 1.10.2012 in Kraft)**
- Dauer: mind. drei Jahre
- Das Studium darf als „Doctor of Philosophy“-Doktoratsstudium bezeichnet und der akademische Grad „Doctor of Philosophy“, abgekürzt „**PhD**“, verliehen werden




Zulassung (§ 64 Abs 4)

- Fachlich in Frage kommendes Studium:
 - Diplom- oder Masterstudium
 - FH-Diplom- oder Masterstudium
 - anderes gleichwertiges Studium an anerkannter in- oder ausländischer postsekundärer Bildungseinrichtung
- Gleichwertigkeit grundsätzlich gegeben, aber einzelne Ergänzungen fehlen auf volle Gleichwertigkeit: Auflage von Prüfungen (während des Dr.-Studiums)
- Rektorat zuständig (§ 60 Abs 1)
- UG sieht kein Erfordernis einer Betreuungszusage vor




Zulassung (§ 64 Abs 4, 4a, 6)

- Für Zulassung zu „PhD“-Doktoratsstudium können qualitative Bedingungen vorgeschrieben werden
- Zulassung mit Bachelor, wenn innerhalb der vorgesehenen Studienzeit und besonderer Studienerfolg. Regelung durch Rektorat.
- PhD-Studien ausschließlich in Fremdsprache: Rektorat kann Zahl der Studierenden und Aufnahmeverfahren festlegen




Studienbeitrag (§ 91)

- Befreiung für Österreicher, EU-Bürger und durch völkerrechtl. Verträge Gleichgestellte (z.B. Schweiz, Konventionsflüchtlinge)
- Befreiung nur für Mindeststudienzeit+2 Sem. (Präsenz-/Zivildienst zählt nicht dazu!)
- Ansonsten: Euro 363,36 pro Semester
- Beurlaubung = Befreiung (§ 92 Abs 7)



Studienbeitrag: Erlass (§ 92)

- Studium im Rahmen von transnationalen Mobilitätsprogrammen
- Pflichtsemester im Ausland
- Ausländischen Studierenden, wenn gegenseitiger Erlass mit deren Heimatuni
- Krankheit (>2 Monate), Schwangerschaft, Kinderbetreuung (< 7. Lebensjahr)
- Erwerbstätigkeit > 14x Geringfügigkeitsgrenze, 5008,36 Euro/Jahr (2009)




Studienbeitrag: Erlass (§ 92)

- Behinderung >50%
- Bezug von Studienbeihilfe
- Antrag auf Erlass muss persönlich gestellt werden während der Inskriptionsfrist
- Bei erfolgter Bezahlung Rückerstattung möglich
- Entscheidung der Uni innerhalb von 4 Wochen




Studienbeitrag: Offene Fragen

- FH-Absolventen: verlängertes Doktoratsstudium
- automatische Befreiung für Uni-Angestellte




Dissertation (§ 82)

- wissenschaftlich
- Betreuung, Beurteilung: Satzung
- Thema: Curriculum
- Urheberrechtsgesetz bei Bearbeitung und Betreuung zu beachten (§ 80 Abs 2)
- gemeinsame Dissertation zulässig, solange gesondert beurteilbar (§ 81 Abs 3)
- Geld- oder Sachmittel der Uni: Vergabe nur zulässig, wenn LeiterIn d. Einrichtung informiert wurde u. nicht binnen 1 Monat untersagt hat (§ 81 Abs 3)
- keine Regelung für „kumulative Dissertationen“




Veröffentlichungspflicht (§ 86)

- sobald positiv beurteilt
- Unibibliothek und Nationalbibliothek (ÖNB auch elektronisch möglich)
- ausgenommen wenn Massenvervielfältigung nicht möglich
- „Sperrung“: längstens 5 Jahre, wenn rechtliche od. wirtschaftliche Interessen der/des Studierenden gefährdet sind (auf Antrag beim studienrechtlichen Organ)
- Aufnahme in zentrale Datenbank des Bibliothekenverbundes (§ 85)




Einsicht in die Beurteilungsunterlagen (§ 84)

- wenn nicht ausgehändigt: mind. 6 Monate ab Bekanntgabe der Beurteilung aufzubewahren (studienrechtl. Organ)
- Studierende haben Einsicht (innerhalb der 6 Monate beantragen) und dürfen Fotokopien anfertigen
- keine Einspruchsmöglichkeit gegen Beurteilung




Verwertung von geistigem Eigentum (§ 106)

- Recht auf selbstständige Veröffentlichung, MitautorInnen sind zu nennen
- Diensterfindungen = Erfindung des Dienstnehmers: ist dem Rektorat zu melden
- Uni kann als Dienstgeber die Diensterfindung zur Gänze oder ein Benützungsrecht beanspruchen (siehe Patentgesetz § 7)




Personalrecht (§ 107)

- Alle Stellen sind vom Rektorat öffentlich auszuschreiben
- **wiss. Personal: „internationale, zumindest EU-weite Ausschreibung“, mind. 3 Wochen**
- Ausnahmen: Stellen nur für Lehre mit geringem Stundenausmaß, Drittmittelprojekte (wenn Geldgeber einverstanden)




Personalrecht (§ 108)

- Angestelltengesetz (bei alten Dienstverhältnissen VBG, siehe § 128)
- Kollektivvertrag (seit 1.10.2009), mit Übergangsfristen
- befristete Verträge: max. 6 Jahre
- Mehrmalige Befristung („Kettenverträge“): max. 6 (8 bei TZ) Jahre Gesamtdauer, **10 (12 bei TZ) Jahre nur bei „sachlicher Rechtfertigung“**




Studierendenvertretung im UG

- StV zur Einbringung von Rechtsmitteln berechtigt, sofern Studierende nicht Zustimmung verweigern (§ 46 Abs 3 UG)
- Recht, VertreterIn in Kollegialorganen tätig zu werden: HSG 1998 (§ 51 Abs 4 UG)
- Verschwiegenheitspflicht für Mitglieder von Kollegialorganen (§ 48 UG)




Positionen von doktorat.at

- Abschaffung der Studiengebühren für DoktorandInnen
- Stärkung der Partizipation von NachwuchsforscherInnen innerhalb der Uni
- Systeme der Qualitätsbedingungen im Doktoratsstudium statt Zugangsbedingungen
- keine Ausdehnung der Kettenvertragsregelung




Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz 1998 (HSG)

(i.d.F. BGBl. I Nr. 2/2008)




Studienvertretung Doktorat (§ 17)

- Zuständigkeitsbereich (welche Studienrichtungen) durch Satzung der HochschülerInnenschaft an der jeweiligen Universität festgelegt
- Zusammenlegung mehrerer Studienrichtung erfordert 2/3-Beschluss der Universitätsvertretung (UV)




StV-Mandate

- bis 400 Wahlberechtigte (= inskribierte Studierende) 3 Mandate, darüber 5 Mandate (§ 17)
- Erlöschen von Mandaten: Verzicht, Erlöschen der Zulassung an der Uni (§ 43 Abs 4)
- befristeter Verzicht zulässig (§ 43 Abs 5)




StV-Mandate (2)

- erlischt Mandat: Zuweisung an KandidatIn mit nächsthöherer Stimmenzahl, sofern mind. 25% d. Kand. mit den meisten Stimmen (§ 42 Abs 3)
- vorzeitige Auflösung, wenn Zahl der MandatarInnen $< \frac{1}{2}$ der zu vergebenden Mandate (§ 17 Abs 3)
FakV / UV übernimmt Aufgaben und Budget




Aufgaben StV (§ 18)

- Vertretung Interessen der Studierenden, Förderung
- Nominierung StudierendenvertreterInnen (Entsendung erfolgt durch UV)
- Verfügung über Budget der StV
- Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen




Budget (§ 14)

- insgesamt mind. 30 % aus Studierendenbeiträgen gehen an StVen
- Mindestbetrag für Erfüllung der Aufgaben muss zur Verfügung stehen (Sockelbetrag)




Rechtsgeschäfte mit Einnahmen oder Ausgaben (Einkäufe, Verträge usw.) (§ 33)

- bis 727 Euro: Einvernehmen StV-Vorsitzende(r) und WiRef
- darüber: Einvernehmen UV-Vorsitzende(r) (Stellv.) und WiRef



Ausgaben

- Erfüllung der Aufgaben der StV
- möglichst bargeldlos
- Gebarungsgrundsätze:
 - Richtigkeit
 - Zweckmäßigkeit
 - Sparsamkeit
 - leichte Kontrollierbarkeit



Links

- UG 02:
http://www.bmwf.gv.at/wissenschaft/national/gesetze/organisationsrecht/ug_2002/
- HSG 98:
http://www.bmwf.gv.at/wissenschaft/national/gesetze/studienrecht/hsg_1998/